

Angriffe gegen Ahmadis

In Pakistan geht die Verfolgung gegen die Ahmadi-Gemeinschaft weiter. Ihre Schule wird als ketzerisch angesehen, weil sie Mohammed nicht als den letzten Propheten anerkennt. Am 1. April 2010 wurden drei Ladenbesitzer in Faisalabad, der drittgrößten Stadt der Provinz Punjab, erschossen. Die Leiter der Ahmadi-Gemeinschaft sprachen von einer gezielten Exekution durch bewaffnete Killer, die nach der Tat geflüchtet und verschwunden waren. Ashraf Pervez (60), Masood Javed (57) und Asif Masood (24) waren nach Geschäftsschluss in ihrem Auto auf dem Weg nach Hause, als sie unerwartet angegriffen und mit Kugeln durchlöchert wurden. Sie starben auf dem Weg ins Krankenhaus. Pervez und Javed waren Brüder, Masood war Javeds Sohn.

Die pakistanische Tageszeitung *Dawn* berichtete, dass die Opfer zwei Wochen vor dem Attentat die Polizei über ihre Bedrohung informiert hätten. Die Polizeibeamten hätten ihnen gesagt, sie „sollten ihre Bewegungen einschränken und Bodyguards einstellen“. Laut Berichten der Leiter der Ahmadi-Gemeinschaft waren die Männer kürzlich entführt und nach einer großen Lösegeldzahlung freigelassen worden. Die Attentäter hatten den Opfern anscheinend erzählt, dass sie wegen ihres Glaubens gekidnappt worden seien. In einer Mitteilung der Ahmadi-Gemeinschaft heißt es weiter: „Es gibt allen Grund zur Annahme, dass die Kriminellen oder zumindest ihre Komplizen den Behörde bekannt sind, weil die Gruppen, die gegen die Ahmadis sind, sich keine Mühe machen, ihren Hass zu verbergen.“

Seit einiger Zeit nun ist Faisalabad zum Schauplatz von Angriffen gegen die Ahmadi-Gemeinschaft geworden. In den vergangenen Jahren wurden neun Menschen umgebracht, ohne dass die Polizei oder die Regierungsbehörden eingeschritten wären, obwohl sie die Verantwortlichen kannten. Die Leiter der Gemeinschaft beschuldigen die *Khatme Nabuwwat*-Bewegung. Diese Muslime glauben, dass die Prophezeiungen mit Mohammed endgültig erfüllt sind, und sie sind für die Verfolgungen gegen so genannte „ketzerische“ Muslime verantwortlich. In der Provinz Punjab können islamische Rechtsgelehrte ungestraft mit dem Aufruf „sie sollen ermordet werden“ (Wajib ul Qatl) zur Gewalt gegen die Ahmadis aufhetzen.

Die Leiter der Ahmadi-Bewegung berichteten über die Gleichgültigkeit der Behörden, welche weder die Verantwortlichen bestrafe, noch sich gegen die Gewalt ausspreche. Seit der Bekanntmachung einer Anti-Ahmadi-Verordnung im Jahr 1984, die Verfolgungen gegen so genannte „Ketzer“ billigt, wurden 108 Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung ermordet. Nur in sehr wenigen Fällen wurden die Mörder verhaftet, und bei den wenigen Malen, in denen es zu einem Prozess gegen sie kam, wurden sie entweder freigesprochen oder nach einer kurzen Haftstrafe wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am 28. Mai 2010 wurden während eines zweifachen Angriffs auf die Ahmadi-Moscheen in Lahore während des Freitagsgebets mindestens 93 Menschen ermordet. Einer der Leiter der Bewegung, Raja Ghalab Ahmad, gab an, dass 93 Menschen im Verlauf des Massakers starben und 13 weitere nach Einlieferung ins Krankenhaus. Mindestens 100 Menschen wurden verletzt, davon einige schwer. Während der Freitagsgebete hatten bewaffneter Männer und Selbstmordattentäter die beiden Ahmadi-Moscheen angegriffen. Diese Gotteshäuser befinden sich zum einen in einem reichen Stadtteil von Model Town und zum anderen in der dicht besiedelten Gegend von Garhi Shahu.

Die „bewaffneten und gut trainierten“ Terroristen hatten AK-47-Sturmgewehre, Handgranaten und trugen Westen mit Sprengkörpern. Sie eröffneten das Feuer und schossen wahllos auf die Menschenmenge, hielten die Moschee mehrere Stunden besetzt und nahmen die Gläubigen als Geisel. Als die Polizei beschloss die Moschee zu stürmen, sprengten sich die Extremisten selber in die Luft und verursachten ein weiteres Blutbad. Um 17.00 Uhr gewann die Polizei wieder die Kontrolle über das Gebiet. Der Angriff auf die Model Town Moschee indes vollzog sich in einem schnelleren Tempo. Vier Terroristen eröffneten das Feuer auf die Gläubigen und warfen Handgranaten. Ein Augenzeuge sagte: „es war wie in einem Krieg. Alles was ich tun konnte, war zu Gott zu beten, dass er mich aus diesem Inferno rette.“ Nach Angaben von Ermittlern, hatten die Taliban von Komplizen Hilfe erhalten, denen es gelang zu flüchten, indem sie sich unter die Menge mischten.

Diskriminierung auch gegen Sikhs und Hindus

Von religiös motivierten Gewalttaten sind nicht nur Christen (so genannte Westler) oder Ahmadis (Ketzer) betroffen. Im Verlauf des letzten Jahres haben die Taliban aus der nordwestlichen Grenzprovinz damit begonnen, auch Hindus und Sikhs mit einem Ultimatum zu drohen. Entweder müssen sie die Region verlassen oder die Dschizya, ein islamisches Schutzgeld für religiöse Minderheiten, entrichten. Viele Hindu- und Sikh-Familien wurden gezwungen, die Provinz zu verlassen. Sie fanden Zuflucht in Peschawar und anderen nahe gelegenen Gebieten. Die Drohungen gegen Sikhs und Hindus sind die letzten einer Serie von Drohungen gegen religiöse Minderheiten in der nordwestlichen Grenzprovinz, unter denen sich auch viele Christen befinden, die gezwungen wurden, die Dschizya zu bezahlen und unter der Scharia zu leben.

„Wir leben in Angst“, sagte ein Verantwortlicher der Sikhs zu einem Journalisten der *Daily Times*, einer der bedeutendsten Zeitungen des Landes. „Wir haben Angst vor den Taliban, vor dem Lashkar-e-Islam und allen anderen bewaffneten Gruppen.“ Ungefähr 400 Sikh-Familien und 57 Hindu-Familien haben bereits die Städte Bara und Tirah verlassen, wo sie vom Verkauf von Material, Kleidung, Lebensmitteln und traditioneller Medizin lebten. Der Sikh-Verantwortliche sagte außerdem: „Eine Reihe militanter Gruppen bedrohen Minderheiten in Orakzai und Khyber, indem sie ihnen sagen, dass sie konvertieren sollten oder es sonst am besten wäre, die Region zu verlassen. Sie betreiben regelrecht eine parallele Regierung. Die Hindus und Sikhs fühlen sich in Orakzai, Bara und Tirah nicht mehr sicher. Wir wandern lieber aus, wenigstens haben wir hier ein wenig Frieden und fühlen uns sicher.“

In der Region Orakzai fordern die Taliban von den männlichen Erwachsenen der Sikhs die Steuer ein, indem sie ihre Geschäfte und Häuser besetzen. In den vergangenen Monaten wurde diese Steuer auch in der Region Khyber eingetrieben, einer Stammesregion, die eine natürliche Verbindung mit Afghanistan hat. Hier kündigte die von Manghal Bagh angeführte Lashkar-e-Islam-Gruppe an, dass Hindus und Sikhs nur dann in dem Gebiet wohnen dürften, wenn sie die Dschizya bezahlten. Die Lashkar-e-Islam-Gruppe arbeitet ähnlich wie die Taliban, als eine Art religiöse Polizeitruppe, die die Menschen zwingt, fünf Mal am Tag zu beten und diejenigen gewaltsam bestraft, die der Prostitution oder anderer Vergehen beschuldigt werden. Keine Frau, ob Muslima oder nicht, darf alleine das Haus verlassen, sie muss von einem männlichen Verwandten begleitet werden.

Alle Frauen, auch die alten, müssen eine Burka tragen. Männer müssen sich einen Bart wachsen lassen und einen Hut tragen. Wer sich weigert, wird geschlagen oder gezwungen, ein Strafgeld zwischen 200 und 500 Rupien zu zahlen. Aufgrund eines Abkommens zwischen den Taliban und der regionalen Regierung, die auch von der Zentralregierung unterstützt wird, wurde die Scharia einem Großteil der Bevölkerung der nordwestlichen Grenzprovinz in der Malakand-Region aufgezwungen. Später brach Islamabad das Abkommen und startete eine Offensive gegen die Taliban; dennoch will die Regionalregierung immer noch die Scharia für die gesamte Bevölkerung einführen. Die Katholische Kirche hat sich immer wieder gegen die Verpflichtung ausgesprochen, nichtmuslimische Gruppen der Scharia zu unterwerfen, da dies einer Gewalt gegenüber Minderheiten gleichkomme, deren Frieden durch die Regierungsverfassung garantiert werde.

Angriffe gegen die Medien

In Pakistan wurden auch Websites der Gotteslästerung beschuldigt; sie stehen nun „unter Beobachtung“ der Behörden. Zu den von der Zensur bedrohten Websites gehören sowohl kleine als auch große, wie Google, YouTube, Yahoo, Amazon, Bing, Msn und Hotmail. Ihnen allen wird vorgeworfen, Inhalte zu transportieren, die Muslime und ihre Religion beleidigten. Auf Anweisung des Ministeriums für Information und Technologie informierte der Sprecher der pakistanischen Telekommunikationsbehörde, Khurram Mehran, am 26. Juni 2010 darüber, dass ein Gericht in Bahawalpur die Sperrung von YouTube und acht weiteren Websites angeordnet habe. Damit sei auf eine Petition reagiert worden, die auf das Vorhandensein von Inhalten hingewiesen habe, die sich „gegen die Grundsätze des Islam“ richteten.

„Links zu Inhalten, die den Islam beleidigen, werden gesperrt, ohne dabei die wichtigsten Funktionen der Websites zu beeinträchtigen“, erklärte Mehran. Die pakistanische Regierung erklärte, die Websites würden aus nationalen Sicherheitsgründen beobachtet, und sie versicherte, dass keine der größeren Suchmaschinen zensuriert werde. Diese Worte beruhigten allerdings die Verantwortlichen der Internet-Riesen nicht. Google-Sprecher Scott Rubin sagte, „Google und YouTube sind Plattformen, auf denen Meinungen frei geäußert werden dürfen, und wir werden weiterhin alles tun, was in unserer Kraft steht, damit die Umsetzung unserer Ziele sichergestellt wird.“ Auch Yahoo betonte, dass das Unternehmen „auf dem Prinzip gegründet wurde, dass der freie Informationszugang die Lebensbedingungen der Menschen verbessert.“

Zurzeit sind ungefähr 17 Webadressen wegen „antiislamischen und gotteslästerlichen Links und Inhalten“ blockiert. Zu den blockierten Websites gehörte islamexposed.blogspot.com, ein von Google eingerichteter Blog, der eine Online-Petition gegen den Islam und einen Eintrag mit dem Titel „Islam, die äußerste Heuchelei“ enthält. Im vergangenen Mai ordnete der Oberste Gerichtshof an, das soziale Netzwerk Facebook für zwei Wochen aufgrund eines gotteslästerlichen Cartoons über Mohammed zu schließen. Das Verbot wurde aufgehoben, nachdem Hunderte junger Muslime, Nutzer dieses Netzwerkes, dagegen protestiert hatten. Die Regierung und der Oberste Gerichtshof bezogen sich bei ihrer Zensur auf das so genannte „Blasphemie-Gesetz“.